



Frage 1: Allgemeine Auftaktfrage

*Schüler*innen und Eltern sollten Sie zur Oberbürgermeister*in, weil ...?*

Ich bin parteilos, unabhängig und bürgernah. Alle Menschen in Lüneburg, die in den letzten Monaten mit mir in den Dialog treten wollten, haben mich in einem persönlichen Gespräch kennengelernt. Ich setze mich dafür ein, dass alle Menschen in unserer Stadt die besten Voraussetzungen für eine gute Bildung und damit für eine erfolgreiche Zukunft haben. Ich möchte mehr Bürgerbeteiligung: Die Menschen in unserer Hansestadt sollen intensiver an den politischen Entscheidungen beteiligt sein. Lüneburg wird den vor uns liegenden Herausforderungen nur gewachsen sein, wenn wir uns alle in die Gemeinschaft einbringen können: Unterschiedliche Standpunkte wertschätzend austauschen, Ideen weiterentwickeln und gemeinsam die Zukunft gestalten. Die Menschen in der Stadt sollen informiert sein, vor allem mit Ihren Forderungen und Wünschen gehört werden. Ich erwarte, dass sich die Politik und die Stadtverwaltung für Ihre Belange einsetzen und Sie mit ihrem Wissen unterstützen. In einem Satz: Lüneburg soll eine menschenfreundliche Stadt sein. Planung und Entwicklung unserer Hansestadt sollen sich nach Ihren Bedürfnissen richten. Die Stadtplanung muss sich dabei an den Erfordernissen aller Menschen in unserer Stadt orientieren.

Frage 3: Digitalisierung und IT-Koordination

Im Rahmen der Digitalisierung benötigen Schulen fachliche Unterstützung bei der Betreuung der IT-Infrastruktur. Landkreis und Stadt haben hierfür Stellen ausgeschrieben, die bisher aber nicht alle besetzt werden konnten. (Dies könnte an der verhältnismäßig geringen Entgeltstufe liegen, die der Tarifvertrag für diese Stellen vorsieht.)

Wie stellen Sie sicher, dass die Stadt ihrer Aufgabe als Schulträger schneller nachkommt, für die IT-Unterstützung der Schulen zu sorgen?

Ich stimme mit Ihnen überein, dass der Digitalisierungsprozess der Lüneburger Schulen nur schleppend vorangeht. Ursächlich dafür sehe ich vor allem ein mangelndes Verständnis für die Herausforderungen der Digitalisierung in der Stadtverwaltung. Aktuellster Nachweis für diesen Mangel ist die Fehlplanung bezüglich des Aufwands der Digitalisierung der Lüneburger Schulen. Hier musste der Stadtrat aus eigenen Mitteln unserer Hansestadt zusätzliche Haushaltsgelder bereitstellen, da die Fördermöglichkeiten des Landes Niedersachsen bereits ausgeschöpft waren, als das Bildungs- und Sozialdezernat feststellte, dass die eigenen Kostenschätzungen für den Digitalisierungsaufwand deutlich zu niedrig waren. Ich werde die Digitalisierung der Lüneburger Schulen zur Chefsache machen. In diesem Fall sind sicherlich auch strukturelle Veränderungen der Verwaltungsorganisation erforderlich, zu denen ich in Punkt 6 Stellung nehme. Die Änderung der Entgeltstufe kann nur ein erster Ansatzpunkt sein, und diesen gilt es schnellstmöglich umzusetzen. Darüber hinaus garantiere ich Ihnen, dass ich diese Stellen mit erforderlicher Achtung behandle. So bezeichnete eine Kandidatin die ausgeschriebenen Stellen als "digitale Hausmeister". Dass sich IT-Experten mit einer solchen Bezeichnungen nicht überzeugen lassen, bedarf keiner weiteren Erklärung. Meine Erfahrung im Führen von Mitarbeitern wird dazu beitragen, dass sich solche Formulierungen bei mir nicht wiederfinden.

Frage 5: Jederzeit kostenloser ÖPNV für Schüler für Bildungsgerechtigkeit und Klimaschutz

Klimaschutz ist eine der wichtigsten Aufgaben von Politik und Wirtschaft. Ein funktionierender, gern angenommener ÖPNV anstelle von Individualverkehr ist hierfür ein wichtiger Baustein; gute Erfahrungen mit dem ÖPNV schon in jungen Jahren sind ein wichtiger Teil der Verkehrserziehung. Dafür ist es wichtig, dass Schüler diesen gut, kostenlos und beliebig oft nutzen können, um Bildungsangebote - auch außerschulische - nutzen zu können oder um sich in Lerngruppen treffen zu können. Und das unabhängig von Alter und Schulform, unabhängig von Wohnort, Zeiten, Strecken und Tarifzonen!

*Wie stehen Sie zur Forderung der Eltern, eine solche kostenfreie Beförderung für alle Schüler*innen bis zum Ende der Schullaufbahn noch im Schuljahr 21/22 zu ermöglichen?*

Meine Botschaft lautet seit Bekanntgabe meiner Kandidatur im Januar 2021: Der ÖPNV muss für alle Schülerinnen und Schüler kostenlos sein. Weniger Bürokratie, keine langen Wartezeiten bei der Ausstellung der Schülertickets. Meine Priorisierung im ÖPNV gilt auch den Fahrplänen. Dabei sind ganzheitliche Konzepte mit besserer Abstimmung mit dem Landkreis erforderlich. Dafür werde ich mich einsetzen, um die Busverbindungen für Schülerinnen und Schüler zu verbessern.

Frage 7: Bauliche Herausforderungen/Sanierungsstau

Die letzten Jahre war der Schulbau geprägt vom Ankämpfen gegen den langjährigen Sanierungsstau. Falsch dimensionierte Neubauten aufgrund eines fehlenden Immobilienkonzeptes für den Schulbau und keine nachhaltige Vermögenserhaltung aufgrund eines fehlenden Unterhaltungskonzeptes in der Gebäudebewirtschaftung führen zu erhöhtem Ressourcenverbrauch und Belastungen des städtischen Haushalts. Im Bereich der Inklusion wurde nur die Barrierefreiheit als notwendig angesehen, neuartige Raumaufteilungen und Unterrichtsformen spielten dabei nur eine Nebenrolle. Nachhaltige Schulentwicklungskonzepte sind nicht erkennbar.

Unter welchen Prämissen wird unter ihrer Leitung die strategische Immobilienentwicklung im Bereich des Schulbaus erfolgen (Investitionsstrategie) und welche Leitlinien werden Sie der Verwaltung bei der nachhaltigen Sicherung und Bewirtschaftung (konsumtive Haushaltsbelastung) der Schulgebäude vorgeben?

Der in den städtischen Schulen vorherrschende Sanierungsstau ist erschreckend und beschämend. In diesem Bereich muss sich in den kommenden Jahren mehr bewegen und auch konkret geschaffen werden. Investitionen in die städtischen Schulen soll gezielter fachlich fundiert und unter Beachtung aktueller Technologien erfolgen. Darüber hinaus ist sicherzustellen, dass die geplanten Haushaltspositionen für den Unterhalt tatsächlich auch die erforderlichen Bewirtschaftungskosten decken. Von Vorteil ist dabei meine Unabhängigkeit: Als parteiloser und unabhängiger Kandidat bin ich ausschließlich den Menschen in unserer Stadt verpflichtet. Ich habe keine übergeordneten Parteiinteressen in Hannover oder in Berlin zu befolgen. Bezüglich der dafür erforderlichen Neustrukturierung der Verwaltungsorganisation verweise ich auf Ihre Frage Nr. 6.

HEIKO MEYER

Frage 2: Infektionsschutz an Schulen

Die Schulen sollen wieder im Präsenzunterricht öffnen. Als Ungeimpfte sind Kinder besonders gefährdet, eine vierte Corona-Welle gilt es zu verhindern. Dabei können gem. Erkenntnissen der experimentellen Wissenschaft während des Unterrichts mobile Luftfilter gegen indirekte Infektionen und Plexiglas-Trennwände mit umlaufender Kante gegen direkte Infektionen schützen. Der Einsatz mobiler Raumluftfilteranlagen wird nun auch vom Land Niedersachsen als geeignetes Mittel zur Pandemie-Eindämmung an Schulen gesehen. Im Landkreis gibt es mittlerweile ein zaghaftes Pilotprojekt. Derweil versteckt sich die Verwaltung der Hansestadt Lüneburg hinter der noch ausstehenden Förderrichtlinie des Landes Niedersachsen.

Mit wie viel Nachdruck werden Sie sich für schnellen und flächendeckenden Infektionsschutz durch mobile Luftfiltergeräte in Kombination mit Plexiglas- Trennwänden mit umlaufender Kante einsetzen?

Ich beurteile die Pandemiegefahr für die ungeimpften Kinder ähnlich wie Sie. Aus diesem Grund habe ich in meiner Funktion als parteiloses und unabhängiges Mitglied des Lüneburger Stadtrates den nachfolgenden Dringlichkeitsantrag in der Sitzung des Stadtrates der Hansestadt Lüneburg am 22.7.2021 gestellt:

„Das Land Niedersachsen hat verkündet, dass man die Anschaffung von mobilen Luftfiltern in Schulen für die Klassen 1 bis 6 maßgeblich unterstützen wird. Wir sind als Kommune gefordert, schnellstmöglich die Voraussetzungen zu schaffen, damit die Luftfilter gekauft und pünktlich zum Schuljahresbeginn in Betrieb genommen werden. Zu diesem Zweck soll sofort ein Handlungsauftrag an die Stadtverwaltung ergehen: Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Beschaffung der Luftfilter zu beschleunigen. Mit der Bestandsaufnahme der Klassenräume ist unverzüglich zu beginnen, ebenso schnell sind Angebote einzuholen, denn es ist zu befürchten, dass die Luftfilter längere Lieferzeiten haben.“ Der von mir eingebrachte Dringlichkeitsantrag ist von der SPD-Fraktion und von der CDU-Fraktion abgelehnt worden. Zugestimmt haben die Fraktionen der FDP, Grüne/Bündnis 90 und Die Linke.

Sie haben also meine Zusage, die Beschaffung schnellstmöglich nach meiner Wahl vorzunehmen. Unsere Kinder sollen und müssen die maximale Unterstützung bekommen, ein möglichst uneingeschränktes Schulerlebnis zu haben. Dazu gehört der klassische Präsenzunterricht mit den entsprechenden Vorkehrungen, damit ein erfolgreicher Schulbetrieb auch unter Pandemiebedingungen gewährleistet ist.

Frage 4: Inklusion und Förderschule

Ein großes Ziel heißt: Inklusion an allen Schulen. Gleichzeitig ist der Bedarf für reine Förderschulen weiterhin gegeben. In der Stadt Lüneburg existieren zwei Förderschulen, davon ist mit der Johannes-Rabeler-Schule eine in städtischer Trägerschaft. Die Nachfrage nach Plätzen an dieser Förderschule sowohl aus dem Stadtgebiet als auch dem Landkreis ist weiterhin hoch; der Erhalt aber bisher nur bis 2028 gesichert.

Wie würden Sie sich für die notwendige personelle und materielle Ausstattung der Johannes-Rabeler-Schule entsprechend des Bedarfes in Stadt und Landkreis Lüneburg bis 2028 und, falls nötig, darüber hinaus einsetzen? Und: Wie lautet Ihr langfristiger Plan, die Inklusion an allen städtischen Schulen umzusetzen?

Unsere städtischen Schulen sollen eine bessere Ausstattung bekommen, dazu zähle ich selbstverständlich auch die Johannes-Rabeler-Schule. Ich werde mich dafür einsetzen, dass die Schule entsprechende Beachtung gemäß den individuellen Bedürfnissen der Schüler erhält und dieses Erfordernis mit größerem Engagement als bisher üblich in den Haushaltsausschuss einbringen. Darüber hinaus werde ich meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Verwaltung sensibilisieren, Förderprogramme kontinuierlich zu prüfen, um darüber hinausgehende Leistungen beanspruchen zu können, auch über das Jahr 2028 hinaus.

Es ist wichtig, dass wir miteinander in der Stadt ein Bewusstsein hierfür einwickeln. Inklusion ist keine einmalige Aufgabe, vielmehr ein andauernder Prozess der Akzeptanz unter Einbeziehung aller Interessengruppen im Sinne einer aktiven Bürgerbeteiligung. Diesen Prozess möchte ich in Lüneburg etablieren, um den betroffenen Menschen den Schulbesuch so einfach und so normal wie möglich zu gestalten.

Frage 6: Verantwortungsdiffusion

Beschwerden der Eltern bei den Elternräten drehen sich immer wieder darum, dass sich Angesprochene im Schulwesen und bei Schulthemen gegenseitig den Schwarzen Peter zuschieben, sei es bei Digitalisierung, Sanierung oder Pandemieschutz : Schulen, den Schulträgern, die Stadt dem Land, das Sozialdezernat dem Bauamt. Es zeigt sich der Wunsch nach strafferen Verwaltungsabläufen und klaren Verantwortlichkeiten für alle Belange im wichtigen Bildungsbereich.

Wie lautet ihr Plan, die Verwaltung dahingehend besser aufzustellen?

Die Neugestaltung der Abläufe in der Verwaltung ist mir ein zentrales Bedürfnis. Als erster Kandidat habe ich schon früh mein Wahlprogramm veröffentlicht und mich explizit dafür ausgesprochen, die Verwaltung neu zu organisieren. Meine Vision für eine neustrukturierte, agile und digitalisierte Verwaltung ist, meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mitgestalten zu lassen. Viele Verwaltungsbeamte haben gute Ideen und diese möchte ich mit einfließen lassen. Die Neustrukturierung von Verwaltungsprozessen im Sinne einer agilen Organisationsform ist die Grundlage für den organisatorischen Wandel in der Stadtverwaltung. Mit der neu aufgestellten Verwaltung werde ich den von Ihnen zu Recht angeprangerten Missständen entgegenwirken.

Frage 8: Freizeit- und Kulturangebote

School's out: Als Stadtelternrat interessieren wir uns natürlich auch dafür, dass unsere Kinder nach der Schule ausreichend Freizeit- und Kulturangebote bekommen. Hier hat sich Lüneburg in den vergangenen Jahren zurückentwickelt. Das Gebäude des Jugendzentrums soll zugunsten exklusiven Wohnraums verkauft werden, die letzte Diskothek Lüneburgs hat 2020 geschlossen, feiernde Jugendliche sind mit vielen Verbots- und Einschränkungen konfrontiert.

Wie machen Sie Lüneburg wieder jugendfreundlicher?

Sicherlich haben die jungen Menschen gerade nach den pandemiebedingten Einschränkungen etwas nachzuholen. Stellen wir uns vor, wir sind noch einmal 16 oder 18 Jahre alt und seit anderthalb Jahren unserer direkten sozialen Kontakte beraubt. Ich verstehe, dass hier das Bedürfnis entsteht, sich mit Freunden zu treffen, dass Leben wieder zu genießen, vielleicht auch miteinander zu feiern.

Die Freizeiträume für das jugendliche Publikum in Lüneburg haben sich jedoch drastisch verkleinert: Beispielsweise ist das Vamos an der Uni geschlossen, die legendäre „Garage“ auch. Wir sollten also schnellstmöglich alternative Angebote machen.

Ich möchte zu diesem Zweck enger mit den Interessengruppen zusammenarbeiten und nachhaltige Lösungen für unsere Jugend schaffen. Kommerzielle Lösungen, welche kurzfristig im Wahljahr für Beruhigung sorgen sollten, lehne ich ab. Mein Team war bei der Online-Konferenz der Jugend mit der Stadtverwaltung dabei und hat zugehört. Es wurden explizit nicht-kommerzielle Räume gewünscht, welche seitens der Stadtverwaltung leider nicht geschaffen wurden. Jugendliche und junge Menschen fühlen sich immer mehr verdrängt. Ich hatte zwischenzeitlich das Gefühl, dass die jungen Leute in der Innenstadt nicht mehr gewünscht waren und sah mich daher gezwungen, über Videos in sozialen Medien an die Lüneburger Öffentlichkeit zu gehen. Dieses Thema beschäftigt mich seit Monaten sehr. Ich bin in Lüneburg geboren und aufgewachsen, habe hier meine Jugend verbracht. Für mich ist es derzeit schwer vorstellbar, dass die heutige Jugend nicht die Freizeiterlebnisse genießen kann, die meine Generation hatte. Ich werde dafür sorgen, dass nicht-kommerzielle Freizeittflächen für junge Menschen entstehen.